

Editorial

Die meisten Beobachter der wirtschaftlichen Entwicklung sind sich darüber einig: Wir leben in einer Zeit des Umbruchs. Das heißt, in einer Zeit, in der etwas zu Ende geht und etwas anderes beginnt. Was zu Ende geht, ist ziemlich klar: eine Epoche raschen und relativ stetigen Wirtschaftswachstums und relativ stabiler politischer Verhältnisse in dem, was man die westliche Welt nennt. Was beginnt, ist kaum vorhersehbar. Unsicherheit über die Zukunft ist mit ein wesentliches neues Element der kritischen Situation, in der wir uns befinden. Die Grundlagen der bisherigen Wirtschaftspolitik sind in Frage gestellt, das theoretische Gebäude, in dem sich Neoklassiker und Keynesianer — teils nebeneinander, teils miteinander — so lange und so sicher bewegt haben, ist ins Wanken gekommen.

Wo immer heute Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaftler zusammentreten, wird zunächst einmal Bestandsaufnahme gemacht — über die ungelösten alten und die noch viel schwerer lösbaren neuen Probleme, vor denen wir stehen. Auch wir haben uns entschlossen, unsere erste Nummer mit einem bescheidenen Versuch einer solchen Bestandsaufnahme zu beginnen. Die darin zum Ausdruck kommenden Gedanken stellen das vorläufige und stets revidierbare Ergebnis einer Diskussion des Redaktionskollektivs dar, was allerdings nicht heißt, daß sich jedes Mitglied dieses Kollektivs mit jeder Formulierung identifiziert. Es ging vor allem darum, die Schwerpunkte einer zukunftsorientierten Programmatik für Österreich herauszuarbeiten, denen sich »Wirtschaft und Gesellschaft« im besonderen widmen will.

Die alten Probleme sind rasch aufgezählt: rapid steigende Inflationsraten, verbunden mit schweren Rezessionserscheinungen und zunehmenden Ungleichgewichten im internationalen Währungssystem. Alle drei stehen seit vielen Jahren auf der Tagesordnung der nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik. Am längsten schon die Inflation, die die Wachstumsära des letzten Vierteljahrhunderts von Anfang an begleitet hat. In den sechziger Jahren gesellte sich die »Stagflation« hinzu, seit Beginn der siebziger Jahre ist die Währungskrise akut, die durch die plötzliche Vervielfachung des Rohölpreises gewaltig

verschärft wurde. Zum erstenmal seit Kriegsende haben diese Probleme Dimensionen angenommen, an denen das bisher bewährte Keynesianische Krisenmanagement zu scheitern droht. Galten noch vor kurzem die Warner vor einer drohenden Katastrophe als professionelle Schwarzseher oder unbelehrbare Dogmatiker, wird heute das Gespenst der großen Krise in jeder politischen Rede, in jeder Äußerung wirtschaftspolitischer Experten heraufbeschworen.

Angeichts der unmittelbar drängenden Sorgen um die Erhaltung der Vollbeschäftigung und des Wirtschaftswachstums sind die neuen Probleme, die vor der Ölkrise schon hoch oben auf der Tagesordnung aller wirtschaftspolitischen Beratungen standen, aus der aktuellen Diskussion weitgehend verdrängt worden. An ihrer Dringlichkeit hat sich deshalb nichts geändert. Die Natur dieser Probleme ist bereits so bekannt, daß es genügt, sie hier mit den zwei Schlagworten »Umwelt« und »Lebensqualität« anzudeuten. Wie wenig es in Wirklichkeit möglich ist, die alten Probleme zu lösen, ohne an die neuen heranzugehen, zeigt der unmittelbare Zusammenhang, der zwischen dem heutigen Inflations- und Währungsproblem auf der einen und der Verteuerung der Rohstoffe, vor allem des Öls, auf der anderen Seite besteht. Weniger deutlich, aber ebenfalls vorhanden, ist der Zusammenhang zwischen der steigenden Spürbarkeit der in der industriellen Lebens- und Arbeitswelt auftretenden Belastungen und dem ständig steigenden Konfliktpotential in der bisher so stabil erscheinenden westlichen Welt. Aber mit dem Begreifen dieser Zusammenhänge ist das Dilemma zwischen den kurzfristig möglichen Lösungen und den längerfristigen Aufgaben der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik noch lange nicht beseitigt. Vielmehr besteht die Gefahr, daß die Anstrengungen, die gemacht werden und gemacht werden müssen, um die Arbeitsplätze zu sichern, um neue Energiequellen zu erschließen und den Einkommenserwartungen einer auf ein stetig steigendes Anspruchsniveau fixierten Bevölkerung zu genügen, im Erfolgsfall nur auf den alten Wachstumspfad zurückführen, der auf längere Sicht keinesfalls mehr durchgehalten werden kann oder soll. (Über den totalen Mißerfolgsfall, der keineswegs unmöglich ist, soll hier nicht weiter spekuliert werden. Es kann wenig Zweifel bestehen, daß eine zweite große Krise auch die letzte des bestehenden Wirtschaftssystems sein würde.)

*

Betrachten wir zunächst die »längere Frist«. In diesem Kontext steht die Frage nach den Grenzen des Wirtschafts-

wachstums, die seit der Veröffentlichung des Meadows-Forrester-Berichtes an den »Club of Rome« die Diskussion beherrscht. Hier geht es um die natürlichen Grenzen, die der menschlichen Produktivität und Reproduktivität durch die Erschöpfbarkeit der Ressourcen der Erde und die fortschreitende Umweltschädigung gesetzt sind. Die pessimistische Einschätzung der dem menschlichen Leben bei Fortdauer des Wirtschaftswachstums noch gegebenen Frist durch die Autoren dieses Berichtes kam der lange schwellenden Kritik an der einseitigen Wachstums- und Konsumorientierung unserer Gesellschaft entgegen. Daraus entstand die Forderung nach »Nullwachstum«, in der sich konservativ-romantische und revolutionäre Gedankenwelten in eigentümlicher Weise überschneiden. So ist es nicht überraschend, daß die Gegner jeder Wachstumsbeschränkung ebenfalls aus ganz verschiedenen ideologischen Lagern kommen.

Wäre »Nullwachstum« durch die Fakten der Natur tatsächlich zwingend vorgeschrieben, würden sich alle weiteren Überlegungen über die politische Durchsetzbarkeit eines solchen Weges und über seine Folgen für die wirtschaftlich und sozial Benachteiligten erübrigen. Die Ergebnisse der bisherigen, sehr gründlichen Diskussion des Meadows-Forrester-Berichtes stützen jedoch keineswegs eine so radikale Schlußfolgerung. Allgemein, oder zumindest überwiegend, hat sich bei Natur- und Gesellschaftswissenschaftlern die Ansicht durchgesetzt, daß in diesem Bericht der Zeithorizont der Umweltbelastungs- und der Verknappungserscheinungen viel zu kurz veranschlagt wurde und daß vor allem die Möglichkeiten, der dadurch entstehenden Gefahren mit den Mitteln der Wissenschaft und Technik Herr zu werden, nicht genügend ins Kalkül gezogen wurden. Aber auch vom ökonomischen Gehalt her hält die Formel »Nullwachstum« einer Prüfung nicht stand. Denn die Aufgaben der Umwelterhaltung und Umweltsanierung erfordern jedenfalls einen gewaltigen Schub neuer Investitionen — zum Bau von Umweltschutzanlagen, zur Findung und Realisierung neuer, umweltfreundlicher und ressourcensparender Technologien, die wiederum neue Produktionsverfahren und neue Produkte hervorbringen werden. Ein solcher Prozeß der Umschichtung der Ressourcen kann gar nicht als »stationärer« Zustand der Wirtschaft gedacht werden, er müßte im Gegenteil in höchstem Maß dynamisch sein. Er würde wohl — das ist kaum zweifelhaft — zunächst zu einer Verringerung der Zuwachsraten des herkömmlichen, nach gegenwärtigen Konventionen im BNP gemessenen Güterbündels führen, aber auf der anderen Seite auch neue Outputs schaffen. Wie weit diese

meßbar gemacht werden können, hängt lediglich von der Erfindungsgabe der Statistiker und von der Einführung neuer Konventionen ab. Auf längere Sicht würde sich aber die Gesamtstruktur des BNP so stark ändern, daß die Wachstumsrate — sei sie nun null oder positiv — etwas ganz anderes messen würde als vorher.

*

Wie aber steht es mit dem gesellschaftskritischen Argument gegen weiteres Wachstum? Hier geht es nicht um natürliche, sondern um soziale und psychische Prozesse, kurzum um Bewußtseinsvorgänge, die hinsichtlich ihres Tiefganges und ihrer Stabilität allerdings sehr schwer zu beurteilen sind. Daß solche Wandlungen tatsächlich im Gange sind, zeigt schon die rasche und bereitwillige Aufnahme, die das Schlagwort von der »Lebensqualität« überall, quer durch die ideologischen und politischen Lager, gefunden hat. Das steht auch durchaus im Einklang mit dem wenigen, was wir über die Bestimmungsgründe der Bedürfnisse wissen. Mit dem steigenden materiellen Wohlstand treten erwartungsgemäß die nichtmateriellen Bedürfnisse der Menschen — ästhetische, kulturelle, kreative, kommunikative und soziale — zunehmend in Konkurrenz zu den Konsumwünschen. So wenig die Rede von einem allgemeinen »Konsumüberdruß« sein kann — das wäre schiere Illusion —, so wenig können die Zeichen übersehen werden, die darauf hinweisen, daß das Streben nach Befriedigungen und Lebenserfüllungen jenseits des Güterkonsums breite Schichten der Bevölkerung, nicht zuletzt auch der Arbeiterschaft, erfaßt hat. Hier findet es besonders prägnanten Ausdruck in den Forderungen nach betrieblicher Mitbestimmung, nach partizipatorischer Demokratie und nach Humanisierung der Arbeitsprozesse.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist die Einbeziehung all dieser Bestrebungen, so verworren sich manche noch artikulieren mögen, in die gesellschaftspolitische Planung ebenso unabdingbar wie die Inangriffnahme der Umweltprobleme. Aber es wäre unrealistisch, die Schwierigkeiten nicht in Rechnung zu stellen, die einer kollektiven Willensbildung in diesem Bereich entgegenstehen. Schon die Unbestimmtheit und die enorme individuelle, gruppen- und schichtenspezifische Variationsbreite der »trade-off-terms« zwischen »Konsum« und »Lebensqualität« läßt Widerstände erwarten, die sich keineswegs auf ein simples Schema von Klasseninteressen reduzieren lassen. Dazu hat die gegenwärtige Situation, in der Millionen Arbeitnehmer in Europa und Amerika um ihre Arbeitsplätze bangen und den schon erreichten Lebensstandard bedroht sehen, die

sozialen Konflikte wieder stärker an den alten Frontlinien aufbrechen lassen. Tatsächlich hat die herrschende Katastrophenstimmung sehr widersprüchliche Tendenzen zutage treten lassen, die nicht immer mit dem Streben nach einer neuen, weniger konsumorientierten Wertordnung in Einklang stehen. Die Sicherung des morgigen Arbeitsplatzes, in welchem Produktionszweig immer, geht für die Betroffenen verständlicherweise vor den notwendigen strukturellen Umschichtungen. Der durch Inflation verschärfte Lohnkampf verstärkt den Wachstumsdruck, unter dem die Wirtschaftspolitik steht. Diese Zielkonflikte werden sich nicht dadurch lösen lassen, daß man sie leugnet. Vielmehr wird es notwendig sein, ihnen nüchtern auf den Grund zu gehen und die Alternativen möglichst klar zu erarbeiten.

Dabei wird es vor allem darauf ankommen, die Grenzen des Möglichen ständig neu abzutasten und die sozialen Experimente, die aus den neuen Impulsen entspringen, als Teil der eigenen Programmatik aktiv mitzugestalten und ihren Spielraum zu erweitern.

*

Es gilt also, einen Weg zu suchen, der aus dem ständigen, immobilisierenden Dilemma zwischen dem kurzfristig Möglichen und dem langfristig Notwendigen herausführt. Das heißt, daß gleichzeitig mit der Bekämpfung der Inflation und der drohenden Rezession jene Entwicklungen eingeleitet werden müssen, die das Wachstum in die erwünschte Richtung lenken und das überhitzte Klima des inflationären Verteilungskampfes entschärfen. Die Erhaltung der Vollbeschäftigung ist selbstverständliche Voraussetzung eines jeden solchen Konzepts. In dieser Frage kann es keine Konzession an die Anhänger eines »harten« Kurses geben, die sich heute wieder unter dem Einfluß der Theorien von Friedman und Hayek sehr laut zu Wort melden. Auch abgesehen von den katastrophalen sozialen Folgen könnte man sich kaum etwas Irrationaleres ausdenken, als Arbeitslosigkeit in einer Zeit herbeizuführen, die derartige Anforderungen an die verfügbaren Ressourcen stellt wie die heutige. Schon gar nicht wäre der Lösung der Umweltprobleme mit einem solchen »Nullwachstum« durch Rezession gedient, weil die notwendigen Investitionen nicht durchgeführt werden könnten und die notwendigen Strukturänderungen auf noch größeren Widerstand stoßen würden. Die heute wiederum gängige These, daß der Markt schon das Vollbeschäftigungsgleichgewicht herstellen würde, wenn nur die Reallöhne genügend fielen, ist — gelinde

ausgedrückt — die merkwürdigste Spätblüte einer Theorie, deren Hilflosigkeit gegenüber dem Beschäftigungsproblem sich schon lange erwiesen hat.

Gibt es aber überhaupt einen gangbaren Weg aus dem Dilemma? Wer nicht daran verzweifeln will, muß jedenfalls in wirtschaftspolitisches Neuland vorstoßen, in dem weder die maximale noch die »optimale« Wachstumsrate im bisherigen Sinn (das heißt die beste Kombination von Wachstum, Preisstabilität und Zahlungsbilanzgleichgewicht) weiterhin als Leitstern dienen kann. Andererseits scheint es aus Gründen, die bereits angeführt wurden, nicht sehr sinnvoll, eine zahlenmäßig festgesetzte Reduzierung des Wachstums anzustreben. Vielmehr muß gefragt werden, unter welchen Bedingungen weiteres Wachstum noch möglich und wünschenswert ist. Aus der Formulierung dieser Bedingungen ergeben sich die Beschränkungen, die »constraints«, die dem Produktionsprozeß auferlegt werden müssen, innerhalb deren aber vielfältige Anpassungsmöglichkeiten bestehen.

Etwas Derartiges ist wohl meist mit der Formel »qualitatives Wachstum« gemeint, die aber wegen ihrer Unbestimmtheit schon zum leeren Schlagwort herabgesunken ist. In Wirklichkeit ist die Gegenüberstellung von »Quantität« und »Qualität« in diesem Zusammenhang nicht haltbar. Erstens, weil auch die Vermehrung der materiellen Güter sehr wohl der Verbesserung der »Lebensqualität« gedient hat und dient (besonders für jene, die noch allzuviel davon entbehren müssen), zweitens, weil ja auch jetzt schon in das gemessene BNP zahlreiche »qualitative« Komponenten eingehen — Ärzte, Lehrer, Theater, Spielplätze etc. —, deren »Output« eben recht und schlecht quantifiziert wurde. Im übrigen sind auch externe »constraints« nichts absolut Neues — man denke etwa an Arbeitsschutzvorrichtungen und an die Arbeitszeitverkürzung.

Nur sind heute, besonders im Hinblick auf die ökologische Problematik, ganz andere Größenordnungen im Spiel als je zuvor, es werden auch tiefere Eingriffe in den Marktmechanismus notwendig sein als in der Vergangenheit. Zwar werden sich vermutlich für einzelne Aspekte des Umweltschutzes marktkonforme Lösungen anbieten, die effizienter sein können als andere; zum Teil können auch die notwendigen Anpassungsprozesse an die geänderten Knappheitsverhältnisse dem Markt überlassen werden. Trotzdem werden sich direkte staatliche Kontrollen in großem Umfang als unvermeidlich erweisen, sowohl um sozialen Gesichtspunkten in der Verteilung der Lasten gerecht zu werden als auch um neuerliche Fehlallokationen zu

vermeiden, die sich aus Marktanpassungen mit zu kurzem Zeithorizont ergeben könnten.

Die Frage liegt nahe, wie ein solches Programm des »gebremsten Wachstums« — denn darauf läuft ja das Gesagte hinaus — durchgeführt werden kann, ohne die Inflation noch mehr anzuheizen. Der enge Konnex zwischen Inflation, Einkommenserwartungen und Verteilungskampf ist ja hinlänglich bekannt, in letzter Zeit ist er immer mehr zum Angelpunkt der Inflationstheorie geworden. Es gibt bereits eine ganze Reihe von Vorschlägen, wie man den *circulus vitiosus* des ständigen Hochschraubens der Einkommenserwartungen und der Vorwegnahme immer höherer Inflationsraten durchbrechen könnte. Wenn wir vom Patentmittel der Arbeitslosigkeit absehen, sind es vor allem Ergänzungen zur Einkommenspolitik, die im Gespräch sind: neben Lohn- und Preiskontrollen und Lohn- und Preispausen werden ausgeklügelte Arten von Indexbindungen, verkürzte Laufzeiten von Tarifverträgen und ähnliches mehr diskutiert.

Manches an diesen Vorschlägen mag seine Richtigkeit haben, aber an die Wurzel der Dinge wird man mit solchen Maßnahmen kaum herankommen. Wenn die schon oft totgesagte, aber — mangels anderer Ideen — immer wieder neu auf den Schild gehobene »Einkommenspolitik« mehr als ein Mittel zur Verstetigung des Inflationstrends sein soll, muß sie in eine andere Dimension vorstoßen, das heißt, sie muß auch Verteilungspolitik werden. Die bisherige Politik der Wahrung der Verteilungskonstanz hat in Wirklichkeit auch dieses Ziel verfehlt, sie konnte weder die Erhöhung der Gewinnquote noch die explosive Steigerung der persönlichen Einkommen an der Spitze der Wirtschaft- und Verwaltungshierarchie verhindern, die in den letzten Jahren vor sich gegangen ist. Selbst dort, wo nach den gebräuchlichen statistischen Konzentrationsmaßen der Grad der Ungleichheit konstant geblieben ist, haben sich die absoluten Einkommensdistanzen im inflatorischen Prozeß so stark vergrößert, daß das Gefühl wachsender Ungleichheit erweckt wird. Keine noch so mäßige gewerkschaftliche Lohnpolitik, keine noch so flammenden Sparappelle werden in einem solchen sozialen Klima die notwendige Dämpfung der Einkommenserwartungen der Arbeitnehmer bewerkstelligen können, schon gar nicht, wenn der zur Verteilung kommende reale Zuwachs geringer wird.

Wenn Opfer verlangt werden, müssen — das ist ein alter und primitiver Gerechtigkeitsgrundsatz — diejenigen vorangehen, die sie am leichtesten zu tragen imstande sind. So scheint eine aktive Verteilungspolitik am meisten Hoff-

nung auf eine Änderung der Verhaltensweisen zu bieten. Sie muß sich, um wirksam zu sein, auf die Verringerung der Ungleichheit über das ganze Spektrum der primären und sekundären Verteilungsebenen richten. Ihr Gesamteffekt darf nicht auf die mittleren Ränge der Einkommensskala beschränkt bleiben, er muß vielmehr die gesamte Skala zusammendrücken und eine Umverteilung vor allem von ganz oben nach ganz unten bewirken.

Die Verringerung der sozialen Ungleichheit fügt sich aber nicht nur vom Standpunkt der Inflationsbekämpfung in das hier skizzierte Gesamtkonzept ein. Auch das Streben nach einer »gerechteren«, das heißt weniger ungleichen Gesellschaft gehört mit zu den sozialen Bedürfnissen, die heute nach Ausdruck suchen, es ist ein wesentliches Motiv in allen Projekten, die auf Mitbestimmung und Selbstverwaltung abzielen. Das hat nichts mit der vor einigen Jahren diskutierten Frage »Wachstumssozialismus« versus »Verteilungssozialismus« zu tun. Es geht nicht in erster Linie um den meßbaren Umverteilungsgewinn — obwohl auch dieser vielleicht nicht so klein wäre, wie manchmal behaupt wird —, es geht um die Herstellung eines gesellschaftlichen Zustandes, der die Bewältigung der anstehenden Probleme — der alten, neu-alten und neuen — überhaupt erst möglich erscheinen läßt.

*

In letzter Zeit ist mit zunehmender Intensität Unbehagen am Hauptstrom der akademisch etablierten Ökonomie artikuliert worden, und dies keineswegs nur von Außenseitern, sondern von so bedeutenden Vertretern des Faches wie Leontief, Joan Robinson, Kaldor, Morgenstern, Heilbroner und zahlreichen anderen. Der Kern dieser von sehr unterschiedlichen Positionen aus vorgetragenen Kritik besteht darin, daß das Gedankengebäude der Neoklassik bzw. der »allgemeinen Gleichgewichtstheorie«, in dem der Großteil der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur der Nachkriegszeit sich entfaltete, weder für die Analyse der traditionellen noch der neuartigen ökonomischen Erscheinungen und Entwicklungstendenzen in ihrer *konkreten*, das heißt in einem *bestimmten* politisch-gesellschaftlichen Zusammenhang *erfahrenen* Form eine Grundlage bildet. Eine extreme Konsequenz daraus sind die immer wieder unternommenen Versuche, die Existenz von Problemen, für die im Rahmen dieser Theorie kein Platz ist, zu leugnen. So etwa, wenn die liberale Orthodoxie in den dreißiger Jahren angesichts von Millionen von Arbeitslosen die Möglichkeit von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit bzw. eines Gleichgewichtes bei Unterbeschäftigung ver-

neinte. Oder wenn heute mit dem Hinweis auf die Freizügigkeit und andere individuelle Reaktionsmöglichkeiten auf Umweltbeeinträchtigung das Umweltproblem kurzerhand in Abrede gestellt wird. Selbst wenn man von solchen eher kuriosen Auswüchsen absieht, bleibt sehr viel von dieser Literatur dennoch einer scholastisch-dogmatischen Vorgangsweise verhaftet. Die immer weniger überblickbare Flut von Artikeln, die mit dem Einbau zusätzlicher Variablen in vorhandene Modelle und mit ihrer vermeintlichen »Verifikation« durch empirische Daten befaßt sind, beschäftigen sich häufig mit Fragen von sehr geringer praktischer Relevanz; oder sie sind darum bemüht, relevante Phänomene in die Zwangsjacke eines abstrakten Modells hineinzustecken, was zu deren Erklärung meist wenig oder nichts beiträgt.

Damit ist natürlich nicht gemeint, daß modelltheoretische Ansätze generell wertlos sind. Es geht vielmehr darum, ihre analytische Kraft im Rahmen sozial-ökonomischer Forschungsansätze fruchtbar zu machen. In diesem Sinne hat es in jüngster Zeit zahlreiche Versuche zur Wiederbelebung der politischen Ökonomie gegeben.

Was bisher über die Wirtschaftstheorie gesagt wurde, gilt zum Teil auch für die theoretische Wirtschaftspolitik. Auch hier werden die Probleme vielfach in nicht minder abstrakter Form abgehandelt wie in der (neoklassischen) Theorie im engeren Sinne. Man begnügt sich damit, die Ziele einerseits und die Instrumente andererseits aufzulisten und abstrakt-logisch die Bedingungen für die Lösbarkeit von Problemen zu erforschen. Ausgeklammert oder aus dem Bereich der Disziplin verwiesen wird dabei abermals der gesellschaftlich-politische Kontext, in dem das ökonomische System entstanden ist und funktioniert.

*

Wie schon der für diese Zeitschrift gewählte Titel andeutet, fühlt sich die Redaktion einem Programm verpflichtet, in dem sowohl die wirtschaftspolitische Relevanz der jeweiligen Fragestellung wie auch die Einbeziehung der institutionellen Rahmenbedingungen in die Analyse als wesentliche Gesichtspunkte für die Auswahl und Wertung der Beiträge gelten. Diese Zielsetzung soll jedoch unter sorgfältiger Vermeidung einer dogmatischen Festlegung auf bestimmte Methoden oder Inhalte verfolgt werden. Das gilt nicht zuletzt auch für die vieldiskutierte Frage, ob eine Bewältigung der anstehenden Probleme nicht eine radikale Änderung der bestehenden Wirtschaftsordnung zur Voraussetzung hat. Wieviel kann von einer Konzeption des »qualifizierten Wachstums« in dem oben skizzierten Sinne

im Rahmen des bestehenden institutionellen Systems durchgeführt werden? So reichen Stoff für die ökonomische und politische Theorie diese Frage bietet, so scheint es vom Standpunkt einer realitätsbezogenen Praxis nicht unbedingt notwendig zu sein, eine Vorentscheidung über sie zu treffen, bevor man an die für notwendig erkannten Reformen herangeht. Im Zuge ihrer Durchführung wird sich nämlich sehr bald erweisen, wo die Grenzen der Elastizität und Funktionalität dieses schwer definierbaren »Systems« liegen und wie weit seine Fähigkeit zur Aufnahme systemfremder Elemente geht. Allerdings folgt aus dem Argument auch umgekehrt, daß die Bestandserhaltung des Systems nicht selbst als Vorbedingung des Reformplans gelten darf.